

Stadtbürgerschaft**21. Wahlperiode****Drucksache 21/841 S**

23. Juni 2026

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU**Projekt FRIDA! im Jobcenter Bremen: Frauenförderung mit messbarem Erfolg?**

Das Projekt „FRIDA! Frauen in der Arbeitswelt“ startete 2023 im Jobcenter Bremen mit einer geplanten Laufzeit von fünf Jahren. Das Projekt zielt auf die Integration von Frauen mit Bezug von Grundsicherung in Ausbildung, Qualifizierung und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Dabei sollen insbesondere Alleinerziehende, Mütter mit kleinen Kindern, langzeitarbeitslose Frauen und Frauen mit besonderen Vermittlungshemmnissen erreicht und unterstützt werden. Der vom Jobcenter postulierte Ansatz beinhaltet eine intensive individuelle Betreuung durch spezialisierte Fallmanagerinnen. Angeboten werden: Berufsorientierung, Bewerbungsunterstützung, Sprachförderung, Gruppenangebote, „Job-Safari“, „Mutter-Kind-Café“, „Sprachwerkstatt“. Das Jobcenter als gemeinsame Einrichtung von Agentur für Arbeit und Kommune Bremen steht nach Eigendarstellung im Projekt mit Bildungsträgern, Beratungsstellen, Arbeitgebern und sozialen Einrichtungen in Verbindung.

Das Projekt FRIDA! geriet aktuell im Zusammenhang mit den skandalösen Ausgaben in Höhe von 906.000 Euro für einen „Kreativ- und Multifunktionsraum“ am Standort Jobcenter Bremen in die Schlagzeilen. Denn zusätzlich wurden auch für einen Raum im Rahmen dieses Projekts 293.000 Euro steuerfinanziert verausgabt. Laut Pressinfo der Trägerversammlung des Jobcenters vom 12.06.2026 stünden die Gesamtkosten für beide Räume, die in den Jahren 2022 bis 2024 geplant und realisiert wurden, „nicht in einem angemessenen Verhältnis zum verfolgten Zweck“. Angeblich sei die Trägerversammlung vom nunmehr abberufenen Geschäftsführer bei beiden Vorhaben - schwer vorstellbar - nicht eingebunden gewesen.

Über die kreative und üppige Raumgestaltung hinaus interessiert hier vor allem, ob das Projekt FRIDA! das große Versprechen einer stärkeren Arbeitsmarktintegration von Frauen tatsächlich fördert und bewirkt. Und fraglich ist, ob Kosten und Personaleinsatz in einem wirtschaftlichen Verhältnis zum Nutzen der Angebote stehen.

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Frauen haben seit Beginn des Projekts bis dato an FRIDA! teilgenommen? (Bitte Teilnehmerinnenzahlen seit 2023 pro Jahr ausweisen.)
2. Wie viele Teilnehmerinnen haben ihre Beteiligung am Projekt vorzeitig abgebrochen und aus welchen Gründen? (Bitte auch nach Jahr und o.g. Zielgruppe aufschlüsseln.)

3. Wie viele Teilnehmerinnen konnten seit Projektstart (pro Jahr und nach o.g. Zielgruppen)
 - in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung,
 - in Ausbildung oder
 - in Qualifizierungsmaßnahmen vermittelt werden?
4. Über welchen Zeitraum werden die Vermittlungserfolge nachgehalten und wie viele der vermittelten Teilnehmerinnen befanden sich sechs beziehungsweise zwölf Monate nach Vermittlung weiterhin in Beschäftigung, Ausbildung oder Qualifizierung?
5. Wie hoch sind die bisherigen Gesamtkosten des Projekts? Bitte aufschlüsseln nach Personal-, Sach- und Maßnahmenkosten?
6. Welche Kosten entstehen durchschnittlich pro Teilnehmerin?
7. Wie hoch sind die durchschnittlichen Kosten je erfolgreicher Vermittlung in Beschäftigung oder Ausbildung?
8. Welche zusätzlichen Leistungen oder Betreuungsangebote werden im Rahmen von FRIDA! erbracht, die über die regulären Angebote des Jobcenters hinausgehen?
9. Wurde das Projekt bislang evaluiert? Falls ja, welche Ergebnisse liegen hinsichtlich Wirksamkeit, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit vor?
10. Welche Zielgrößen wurden für das Projekt festgelegt und in welchem Umfang wurden diese bisher erreicht?
11. Wie lange ist die weitere Finanzierung des Projekts vorgesehen und welche Gesamtkosten werden bis zum Ende der Projektlaufzeit erwartet?
12. Welche Räumlichkeiten werden im Rahmen des Projekts FRIDA! genutzt und welche Kosten entstehen hierfür jährlich?
13. Von wem ging die Initiative zur Einrichtung des in Rede stehenden teuren Raums für das Projekt FRIDA! aus? Von kommunaler Seite, von Seiten der Bundesagentur für Arbeit oder von der Geschäftsführung des Jobcenters?
14. Welche konkreten Angebote, Maßnahmen und Veranstaltungen wurden im neu errichteten Raum seit Projektbeginn durchgeführt?
15. Wie viele Teilnehmerinnen haben die dortigen Angebote in Anspruch genommen und welche messbaren Ergebnisse wurden erzielt?
16. Welche Kosten sind für die Einrichtung, Ausstattung, Unterhaltung und Nutzung des Projektraums bislang entstanden?
17. Wurden die Ergebnisse des Projekts mit den Ergebnissen der regulären Betreuung im Jobcenter Bremen verglichen? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

18. Welche Erkenntnisse liegen darüber vor, ob die erzielten Erfolge auf das Konzept des Projekts oder auf den gegenüber der Regelbetreuung erhöhten Personal- und Ressourceneinsatz zurückzuführen sind?
19. Liegt eine unabhängige wissenschaftliche oder externe Evaluation der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit des Projekts vor oder ist eine solche geplant? Wenn ja, mit welchen Ergebnissen beziehungsweise welchem Zeitplan?
20. Wie bewertet der Senat als ein Träger des Jobcenters beziehungsweise das Jobcenter selbst die Wirtschaftlichkeit des Projekts im Verhältnis zu den erzielten Integrations- und Vermittlungserfolgen?

Beschlussempfehlung:

Kerstin Eckardt, Bettina Hornhues, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU

Anlage(n):

- keine